



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm		
Datum 20.08.2015	Beginn 17:00 Uhr	Ende 22:10 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Kick, Hans-Werner	
Philipp, Gerd E.	bis 21:15 Uhr - TOP B 2
Philipp, Sylvia Dr.	
Schier, Klaus Peter	
Flüshöh, Oliver	
Lusebrink, Hans-Otto	
Müller, Michael	
Rüttershoff, Heinz-Joachim	bis 20:10 Uhr - TOP A 12
Schwunk, Michael	Vertretung für Herrn Stark
Gießwein, Brigitta	
Gießwein, Marcel	ab 19:31 Uhr - TOP A 11
Weidenfeld, Uwe	Vertretung für Herrn Gießwein
	bis 19:31 Uhr - TOP A 11
Feldmann, Jürgen	bis 21:30 Uhr - TOP B 3.2
Burbulla, Johanna	bis 20:45 Uhr - TOP A 14
Pfeffer, Jörg	Vertretung für Herrn Stutzenberger
	bis 18:30 Uhr - TOP A 11
Stutzenberger, Olaf	ab 20:16 Uhr - TOP A 12 - 21:44
	Uhr - TOP B 4
Bockelmann, Christian Dr.	bis 21:30 Uhr - TOP B 3.2

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Jansen, Matthias
Lethmate, Egbert
Mollenkott, Marion
Rath, Christiane
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schweinsberg, Ralf
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Stark, Wolfgang

Vertretung durch Herrn Schwunk

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 16.04.2015 und 11.06.2015
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Abberufung und Bestellung von Schriftführern für den Hauptausschuss 156/2015
- 8 Privatisierung des Wochenmarktes; Erfahrungsbericht; Verlängerung des Durchführungsvertrages 140/2015
- 9 Personalwirtschaftskonzept
- Sachstandsbericht -
- 10 Bebauungsplan Nr. 101 "Markgrafenstraße/Kaiserstraße" 145/2015
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
2. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
- 11 Entwicklung der „Neuen Mitte Schwelm“
- 12 Gastronomie Schloss Martfeld
- 13 Trägerwechsel KiTas/OGS 160/2015/1
- 14 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend stellt er nachstehende Änderungen / Ergänzungen zur Tagesordnung vor:

Hinzugekommene Vorlagen/TOP:

- **neu TOP B 2** - Haushaltswirtschaftliche Sperre 2015
- **neu TOP B 3.1 - Vorlage 181/2015** – Personalmitteilungen
- **aus bisher TOP B 2.1 wird B 3.2**
- Personalangelegenheiten - Erläuterungen zum Stellenplan

Auszutauschende Vorlagen:

- **TOP A 13** – Trägerwechsel KiTas/OGS - VL 160/2015/1 ersetzt 160/2015

Änderungen in der Reihenfolge:

- **TOP 10 – VL 140/2015** – Privatisierung des Wochenmarktes **wird TOP 8**
- **TOP B 6** – „Personalangelegenheiten“ **kann entfallen**, da die Themen über TOP B 2, 2.1 und 2.2 aufgegriffen wurden

Auf Nachfrage des Herrn Schwunk nach Beantwortung der im Finanzausschuss offen gebliebener Fragen erklärt Herr Stobbe, dass diese im Rahmen des TOP A 9 mit behandelt werden.

Abstimmung über die Änderungen / Ergänzungen der Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 16.04.2015 und 11.06.2015

Die Niederschriften werden genehmigt !

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen

Herr Jansen gibt eine Sachstandsmitteilung zur inzwischen reparierten Drehleiter der Feuerwehr, die seit Ende Juni wieder uneingeschränkt zur Verfügung stehe. Letztendlich konnte der Schadenfall mit einem Eigenkostenanteil von insgesamt 44.370,24 € abgeschlossen werden.

6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates

keine

7 Abberufung und Bestellung von Schriftführern für den Hauptausschuss 156/2015

Beschluss:

Frau Pia Schäfer wird als Schriftführerin für den Hauptausschuss abberufen und Frau Anja Riemann wird zur Schriftführerin für den Hauptausschuss bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

8 Privatisierung des Wochenmarktes; Erfahrungsbericht; Verlängerung des Durchführungsvertrages 140/2015

Herr Rüth weist auf eine notwendige Korrektur in der Vorlage hin. Im zweiten Absatz des Sachverhaltes müsse das Datum 26.09.2015 auf 26.09.2014 abgeändert werden.

Wie bereits im Finanzausschuss berichtet, sei das erste Jahr positiv verlaufen. Anlaufschwierigkeiten konnten behoben werden. Entsprechend dem Wunsch im Finanzausschuss sei Herr Schulz von der Marktverwaltung GbR anwesend, um zu berichten.

Herr Schulz teilt mit, dass allein die Tatsache, dass von Seiten der Markthändler ebenfalls eine Verlängerung des Vertrages gewünscht werde, zeige, dass sie eine gute Arbeit geleistet und die Zusammenarbeit gut funktioniert habe. Da er selbst auch auf anderen Märkten stehe, könne er die Situation sehr gut beurteilen und schätze sie sehr. Zurzeit werde kostendeckend gearbeitet und die Markthändler seien gewillt, die Arbeit so fortzuführen.

Herr Weidenfeld erkundigt sich, ob Herr Schulz die Chance sehe, den Markt – wie es in der Vergangenheit mal war – wieder bis zum Altmarkt auszudehnen.

Herr Schulz erklärt, dass in diesem Bereich kein Händler stehen wolle und erläutert, warum die kurze Strecke bis zum Altmarkt so verhängnisvoll sei. Die aktuell unter Berücksichtigung der für Rettungswege freizuhaltenen Bereiche zur Verfügung stehenden Flächen seien ausgeschöpft.

Herr Feldmann hält es dennoch für möglich, dass weitere Interessenten hinzugewonnen werden können, für die dann die einzige Ausweichmöglichkeit der Platz auf dem Altmarkt sei.

Abschließend dankt der Bürgermeister Herrn Schulz für seine Ausführungen.

Kenntnisnahme festgestellt

9 Personalwirtschaftskonzept - Sachstandsbericht -

Frau Heringhaus teilt vorab mit, dass die in Aussicht gestellte Vorlage in den nächsten Hauptausschuss eingebracht werde.

Anschließend trägt sie ihre Erläuterungen zum Fehlbetrag Personal – Controlling-Bericht Juni 2015 vor, mit denen sie gleichzeitig versucht, die Fragestellung des Herrn Flüshöh aus dem letzten Finanzausschuss und die Anfrage des Herrn Schwunk zu beantworten. Sie bietet an, den für die Sitzung vorbereiteten Text zuzusenden. Herr Flüshöh bittet hierum. *(Der Text und die Erläuterung zum Controlling-Bericht Juni 2015 sind dem Protokoll als Anlagen beigelegt.)*

Nach Beendigung des Vortrags der Frau Heringhaus erkundigt sich Herr Flüshöh, ob er richtig verstanden habe, dass die Fehlbuchung hätte vermieden werden können und eine entsprechende Anpassung der Hebesätze hätten mit beschlossen werden müssen. Dies bejaht Frau Heringhaus.

Für Herrn Schwunk ist es zu einfach, zu sagen, dass die Grundsteuer hätte angehoben werden müssen. Er erkundigt sich, wie zukünftig ein derartiger Buchungsfehler vermieden werden könne, entsprechende Kontrollmechanismen vorgesehen seien und ob ausreichende personelle Ressourcen an dieser Stelle zur Verfügung stehen.

nicht eher verkauft werden solle, bevor für die Musikschule und die Volkshochschule neue Unterbringungsmöglichkeiten gefunden worden seien.

Frau Gießwein erläutert die Beweggründe, warum sich die Fraktion B'90/Die Grünen bei der Abstimmung enthalten werde.

Anschließend folgt eine kurze Fachdiskussion zwischen Herrn Weidenfeld und Herrn Guthier hinsichtlich anderer möglicher Planungsverfahren.

Dann ruft Bürgermeister Stobbe zur Abstimmung über die Vorlage 145/2015 auf.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 101 „Markgrafenstraße/Kaiserstraße“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 20, Flurstücke 311-317, 393, 405, 412, 413, 577. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7) BauGB.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Zu beteiligen sind folgende Behörden:

- AVU Gevelsberg
- AGU Schwelm
- Straßen NRW
- BR Arnsberg Dez 54 (Umweltverwaltung)
- Kreispolizeibehörde EN-Kreis
- Untere Landschaftsbehörde EN-Kreis (Wasser-, Abfall- und Landschaftsbehörde)
- Geologischer Dienst NRW

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	12
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	3

11 Entwicklung der „Neuen Mitte Schwelm“

Herr Lethmate stellt die vorbereitete Präsentation zur „Neuen Mitte Schwelm“ vor, die Herr Stobbe im Anschluss zur Diskussion stellt.

Nachfolgend schließt sich ein umfassender und kritischer Meinungsaustausch nahezu aller Fraktionen an, in dem unter anderem die nachstehenden Punkte, teilweise kontrovers, erörtert werden:

- geplantes Verkehrskonzept / Erschließung mit Planung der Andienung von der Seite des Neumarktes (Ladezone)
- Abstandproblematik
- Denkmalproblematik
- Kostenproblematik
- Beteiligung der Öffentlichkeit – differenziert nach Grad der Betroffenheit
- Beteiligung betroffener Institutionen / Unternehmen
- Stellplatz-/Parkplatzproblematik
- Erhalt von Bäumen

Ergänzend zu dem Antrag des Herrn Kirschner aus dem Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (AUS) vom 18.08.2015:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der verkehrlichen Planung der „Neuen Mitte Schwelm“ sicherzustellen und den AUS zu gegebener Zeit zu unterrichten.“

den Herr Philipp stellt,

beantragt Herr Flühöh für die Fraktionen CDU, FDP, B'90/Die Grünen und SWG/BfS die zusätzliche Aufnahme nachstehender Punkte:

Inhalte dieser Informationsveranstaltung sollen unter anderem sein:

1. *Die unterschiedlichen verkehrlichen Entwicklungsmöglichkeiten inklusive der gestalterischen Aspekte sowie der dafür aufzuwendenden Kosten.*
2. *Die Auswirkungen auf die Anlieger bei einer Umlage der siebenstelligen Baukosten nach dem Kommunalabgabenrecht. Die Anlieger sollten aufgrund der Betroffenheit persönlich eingeladen werden.*
3. *Die Auswirkungen auf die Villa ExtraDry und die dort geleistete Jugendhilfe. Die mit diesem Thema befassten Institutionen und Vertreter der Jugendhilfe sollten ebenfalls persönlich eingeladen werden.*

Nach kurzer Erörterung verständigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, die Ergänzung um den nachfolgenden Punkt 4 zu erweitern:

4. *Gleichzeitig sollen Vertreter der Nachbarschaften, des Heimatfestes und der Kirmes zu der Informationsveranstaltung eingeladen werden.*

Anschließend stellt Bürgermeister Stobbe den Antrag der SPD, ergänzt um die Punkte 1 bis 4 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

12 Gastronomie Schloss Martfeld

Herr Flüshöh erläutert die Beweggründe, die ihn zur Bitte um Aufnahme auf die Tagesordnung geführt haben. Es gehe an dieser Stelle nicht so sehr um Inhalte, sondern vielmehr um Verfahrensfragen. Nach Diskussion im Ältestenrat habe er den Eindruck gewonnen, dass unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Herangehensweise bestehen. Er wolle hier den Impuls dafür geben, die Frage der Rahmenbedingungen neu zu diskutieren. Er halte für falsch, auf Basis des bisherigen neu auszuschreiben.

Die Meinungen im Ältestenrat zur vorzeitigen Vertragsaufhebung seien unterschiedlich gewesen. Er habe mit den Pächtern gesprochen, die sich bei veränderten Rahmenbedingungen durchaus vorstellen können, den Vertrag fortzusetzen. Der Pächter habe ihm u.a. mitgeteilt, von der Verwaltung per E-Mail darüber unterrichtet worden zu sein, dass die Politik lt. Ergebnis aus dem Ältestenrat die vorzeitige Aufhebung des Pachtvertrages nicht mittrage. Diese Aussage halte er inhaltlich für falsch und problematisch.

Er beantrage daher, die Angelegenheit wieder in die Entscheidung der Politik zu ziehen und nicht weiter als Geschäft der laufenden Verwaltung anzusehen.

Herr Stobbe bietet an, über den erfolgten E-Mail-Verkehr im nichtöffentlichen Teil aufzuklären. Im Übrigen sei die Beendigung des Pachtvertrages der Wunsch des Pächters gewesen.

Auch gebe es noch eine weitere Fragestellung, die sich aus dem Ältestenrat ergeben hatte. Hierzu konnte jedoch bis zur heutigen Sitzung keine Klärung erfolgen, da eine Antwort des Pächters ausstehe.

Herr Flüshöh weist darauf hin, dass er im Ältestenrat vorgeschlagen hatte, die Pächter zu einem Gespräch einzuladen. Er halte es für sinnvoll, über die Rahmenbedingungen zu sprechen.

Herr Stobbe führt aus, dass die Verwaltung seit der Sitzung des Ältestenrates nicht untätig geblieben sei und er im nichtöffentlichen Teil hierzu berichten werde. Sicher könne diskutiert werden, welche und wie viele Vorgaben in die Ausschreibung aufgenommen werden sollen. Im Allgemeinen werde jedoch empfohlen, einem Pächter die Gestaltung zum großen Teil selbst zu überlassen. Dieser bewerbe sich in erster Linie auf die Liegenschaft als solche.

Herr Schwunk empfiehlt ebenfalls, zunächst noch einmal mit dem jetzigen Pächter zu sprechen.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen erkundigt sich Herr Gießwein nach dem weiteren beabsichtigten Vorgehen.

Herr Stobbe schlägt eine weitere Beratung im nichtöffentlichen Sitzungsteil vor.

Auf Nachfrage des Herrn Philipp, erklärt sich Herr Flühöh mit der Behandlung seines Antrages im nichtöffentlichen Teil einverstanden.

13 Trägerwechsel KiTas/OGS

160/2015/1

Herr Kick erkundigt sich, welchen Betrag die unterschiedliche Landesförderung von kommunalen Kindergärten und Kindergärten anderer Träger ausmache.

Herr Eibert schätzt das Einsparpotential bei Übertragung aller Einrichtungen auf 200.000 bis 250.000 €.

Herr Gießwein wendet ein, dass dies - wie im nichtöffentlichen Teil des Schulausschusses deutlich gemacht worden sei – in der Höhe jetzt nicht mehr der Fall sei und kritisiert, dass es zu lange gedauert habe, die Mitarbeiter/innen, Eltern und Elternräte zu informieren.

Herr Schweinsberg räumt dies ein und erklärt, kurzum ein entsprechendes Informationsschreiben zu versenden.

Beschluss:

Die derzeit in städtischer Trägerschaft befindlichen KiTa- und OGS-Einrichtungen sollen auch weiterhin von der Stadt Schwelm betrieben werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	11
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	4

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

14 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Gießwein spricht seinen Dank an den 1. Beigeordneten und dessen Mitarbeiter für die bisher erfolgreich umgesetzten Bestrebungen aus, die Flüchtlinge außerhalb von Sammelunterkünften unterzubringen und appelliert dafür, dies weiter so zu verfolgen. Zu der Unterbringung von minderjährigen nichtbegleiteten Flüchtlingen erkundigt er sich, ob hierzu schon ein Konzept überlegt worden sei. Dies werde angesichts der bekannten, auf Schwelm zukommenden Zahlen auf jeden Fall notwendig. Die Problematik müsse in den beiden betroffenen Fachausschüssen thematisiert werden.

Herr Eibert bestätigt, dass nach wie vor die dezentrale Unterbringung angestrebt werde und der Fachbereich 4 aufgrund diverser Angebote breit aufgestellt sei. Zu der Problematik der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge seien aktuell Mitarbeiter zur Fortbildung beim Landesjugendamt. Er schätze, dass Schwelm bei

den derzeit existierenden Zahlen ca. 6 Minderjährige zugewiesen bekomme. Diese Zahlen gelte es jedoch noch zu prüfen.

Herr Schweinsberg ergänzt, dass es zu dieser Personengruppe einen Gesetzesentwurf gebe, der voraussichtlich im Januar 2016 Rechtskraft erlange. Allgemein werde sich mit der Thematik befasst. Da aus fachlicher Sicht viele Entscheidungen zu treffen sein werden, müsse sich der Jugendhilfeausschuss weiter damit befassen.

Herr Gießwein hält es gleichzeitig für erforderlich, fortlaufend auch den Hauptausschuss und Rat zu informieren, damit dieser die gesamte Angelegenheit im Blick behalten könne.

Sitzungsunterbrechung von 20:37 – 20:47 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 12 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 10.09.2015	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------